

Dresdner Volkszeitung

Postkonton: Dresden,
Aden & Comp., Nr. 1208.

Organ der Vereinigten Sozialdemokratie

Verantwortl. Redakteur:
Gebr. Arnold, Dresden.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaften Dresden-Messdorf und Dresden-Altkath.

Abonnementpreise: Einzelheft 10 Pf., 10 Hefte 1,00 M., 3 Monate 3,00 M., 6 Monate 6,00 M., 1 Jahr 12,00 M. (Postgebühren eingeschlossen).
Einzelnummern: 70 Pf., 100 Pf., 1,00 M., 1,50 M., 2,00 M., 2,50 M., 3,00 M., 3,50 M., 4,00 M., 4,50 M., 5,00 M., 5,50 M., 6,00 M., 6,50 M., 7,00 M., 7,50 M., 8,00 M., 8,50 M., 9,00 M., 9,50 M., 1,00 M.

Schriftleitung: Wettinerplatz 10, Tel. 25261.
Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr.
Geschäftsstelle: Wettinerplatz 10, Tel. 25261.
Geschäftszeit von 7 Uhr morgens bis 6 Uhr nachm.

Anzeigenpreise: die gewöhnliche Reklameweile 1000.— Pf., auswärts 1200.— Pf., die Spezialreklameweile 2000.— Pf., auswärts 2400.— Pf., Ausland 3000 u. 20000 Pf. Bei mehrmaliger Ausgabe Ermäßigung. Familienanzeigen: Stellen- u. Mietgesuche 40 Proz. Rabatt. Für Brieflieferungen 500 Pf.

Nr. 160

Dresden, Donnerstag den 12. Juli 1923

34. Jahrg.

Unter der Herrschaft der Banken

Von der Herrschaft des internationalen Finanzkapitals über Deutschland wird die deutsche sozialistische Parteipresse durch folgenden Auszug eines Wiener Mitarbeiters unterrichtet:

Auf dem Kongress der österreichischen Gewerkschaften, der in diesen Tagen seine Beratungen abschließt, gab Karl Renner eine scharfe Analyse der sogenannten Sanierung in Oesterreich: „Der Grundgedanke des Seipel'schen Sanierungsplanes ist, nicht die Produktion und den Konsum, sondern die Zirkulation und das Mittel der Zirkulation, die Krone, in den Vordergrund zu stellen. . . . Daß das Kunststück der Stabilisierung der Währung technisch durchführbar ist, wußten wir längst. Man braucht nur die Zirkulation zu droffeln. Man kann aber die Zirkulation nur dann droffeln, wenn man zugleich die Produktion droffelt und den Konsum einschränkt. Das Zirkulationsmittel wird auf Kosten der Produktion und des Konsums stabil erhalten. . . . Es ist aber klar, daß man eine Volkswirtschaft nicht retten kann, indem man allein das Geldwesen ordnet und die Volkswirtschaft im übrigen stilllegt oder zugrunde gehen läßt. Doch in diesem Irrtum steckt bewußte Klassenpolitik. In wessen Dienst vollzieht sich nun die Sanierung? Sie wird vollzogen nicht nur gegen das Proletariat, sondern auch gegen das Industriekapital und den Grundbesitz, sie wird vollzogen ausschließlich im Interesse des Finanzkapitals und des Bankwesens. Während mancher Industrielle wegen der hohen Zinsen nicht ein und aus weiß, der Bauer anfängt, kritisch zu werden, ist nur eines sicher: der ständige Gewinn des Bankgewerbes, die ständige Vermehrung der Banken und ein unerhörter Bankzinsfuß. . . . So Seipel diese Wirkungen erwünscht sind, weiß ich nicht. Er kann nicht anders. Er hat die Sanierung Oesterreichs in die Hand des Pöbels gegeben, das heißt der Banken gelegt, die hinter dem Völkerverband stehen. So kommt unsere ganze Volkswirtschaft unter die Führung des fremden Weltkapitals. Diese Entwicklung vollzieht sich mit absoluter Notwendigkeit. Unter österreichischer Herrschaft, das bei dieser Sanierung so befestigt mitläuft, weiß nicht, daß es seine eigene Zukunft preisgibt. Ein paar Jahre Mitverwaltung, und dann wird man die österreichische Bourgeoisie oberlegen. Sie kauft durch diese Sanierung ihr eigenes Grab, aber sie singt die frommen Lieder des Herrn Seipel das.“

So droht die Sintflut der Sanierung alles zu verfluten; und siehe, nur das Bankkapital wird gerettet.

Die Illustrationsfakten zu diesem Triumph des Finanzkapitals, das heute in ungehörter Weise die Entwicklung der Vorkriegszeit im Rückblick auf die Nationalökonomie erfüllt, die Konzentration der kapitalistischen Wirtschaft durchgeführt hat, treten in Oesterreich, der internationalen Finanzkolonie, deutlicher als irgendwo zutage. Da gibt es ein Gesetz, das den Staat verpflichtet, den Schuldnern von Auslandsschulden aus der Vorkriegszeit Zuschüsse zum Ausgleich der Valutadifferenz zu leisten: nicht weniger als 800 Millionen, öftmal so viel als für die Kriegsbekämpfungsjahre, weit mehr als für die Kriegsbekämpfungsjahre gibt so der Staat jährlich für diese Art „Kriegsschulden“ — die Großbanken — aus! Da gibt es ein anderes Gesetz, das den Bankensystem festsetzt; aber seit Jahr und Tag ist es öffentlich bekannt und zugegeben, daß die Banken dieses Gesetz in der hinterhältigsten Weise umgehen; die Regierung, von den Sozialdemokraten wiederholt auf diese Durchstechereien aufmerksam gemacht und zur Anwendung des Gesetzes aufgefordert — es handelt sich um die Besteuerung der sogenannten Tagelöhner, das sind kurzfristige Darlehen einer Bank an die andere — mag nichts gegen die Hinterziehung und macht so im Zeichen der Ersparrnis und des Abbaus den armen Banken Milliardenverluste. Wer erinnert sich nicht des Gesetzes der bürgerlichen Presse, als im vorigen Jahre die ersten Sanierungspläne aufstauten und die Banken sich zu dem patriotischen „Opfer“ bereit erklärten, gegen gute Verzinsung das Kapital einer Notbank zusammenzustellen. Diese Notbank sollte unter Aufsicht des Staates gestellt sein, dafür sollte der Staat die Dividende der Aktionäre garantieren. Inzwischen ist die österreichische Notbank ein ausländisches Institut des internationalen Finanzkapitals geworden, in dem ein ausländischer „Berater“ distilliert, auf daß der österreichische Staat nicht den geringsten Einfluß übt; aber eben ist dem Nationalrat ein Gesetzentwurf vorgelegt worden, der die Staatsgarantie für den Profit der Notbank faktisch einführt, was die Banken im vorigen Jahre, gewissermaßen als Vorläufer der Kolonialisierung, sind zwei der größten österreichischen Bankinstitute in fremde Hände übergegangen: die Länderbank wurde französisiert, die Anglobank anglistisiert. Die Gesetze, die dazu notwendig waren, hat die bürgerliche Mehrheit, Christlichsozialisten und Deutschnationalen, ohne Wimperzucken abgelehnt. Wie verzerrt ist es nun, heute zu hören, wie die unter Mitwirkung der Deutschnationalen umgewandelte Länderbank erklärt, sie wolle „in Zentraleuropa ein nützliches Werk des französischen Einflusses bilden“. Und wie verständnisvoll nicht man, wenn man erfährt, daß die Umwandlung der einen Bank vor allem dazu gedient hat, ihren Reingewinn der Besteuerung zu hinterziehen, während die der anderen just dazu gut war, ihre Steuerlast gegen die Republik mit einer alten Forderung gegen — das I. u. I. Heror „anzurechnen“! Dabei ist das, was von den Profiteuren der Banken und den Gefährten der Regierung in die Öffentlichkeit dringt, doch nur der kleinste

Teil der großen Skandale und ein noch viel kleinerer Teil des großen volkswirtschaftlichen Prozesses, der sich in aller Heimlichkeit, aber mit ungeheurer Geschwindigkeit abspielt: die vollständige Aufkaufung und Beherrschung der Industrie durch die Banken, die vollständige Unterwerfung der Produktion unter das Finanzkapital, das zu grauenhafter Größe angewachsen, wie ein Polyp mit tausendfüßigen Armen die ganze Völkerverzehrung, die gesamte Volkswirtschaft, das ganze Leben umfaßt und verflutet. Straßt doch die unheimliche, weil unsichtbare Macht heute bereits auf alle Gebiete des Lebens, vor allem auch des geistigen Lebens aus und diese Macht ist dort am gefährlichsten, wo sie nicht erkannt wird: in der kapitalistischen Presse. So bildet auch der für Oesterreich charakteristische Kampf, den in den letzten Monaten die sozialdemokratische Publizistik gegen die Umgehungen des neuen Brechgesetzes, für die Beseitigung der schandbaren verkappten Inzerate im redaktionellen Teil der bürgerlichen Zeitungen führt, einen Teil der Abwehr der allumfassenden Korruption, die den Triumph des Finanzkapitals begleitet.

Zur gleichen Zeit also, da in Deutschland Schwereindustrie und Banken aus dem Zusammenbruch der deutschen Währung und Wirtschaft, den sie mitverschuldet haben, ihre schamlosen Gewinne rufen, zur gleichen Zeit hat in Oesterreich das Kapital aus Zusammenbruch und Sanierung seinen Profit gemacht. Neben dieser beherrschenden Tatsache des österreichischen Daseins, die sich in Bankausweilen, Fusionsgeschäften, Aktienübergängen, Kapitalvermehrungen und von der Öffentlichkeit beachteten Transaktionen vollzieht, gegen diesen Hintergrund von Bankenherrschaft, Steuerwindel und Regierungskorruption sind die Vorgänge des politischen Vorbergrundes eigentlich unbedeutend. Die österreichische Politik ist ein merkwürdiges Gemisch geworden: von laut agierendem, regierendem Ouzern und Kleinbürgertum und von schweigend dirigierendem, distanzierendem Finanzkapital.

Die kommenden Wahlen stellen so der österreichischen Sozialdemokratie die ungeheure schwierige Aufgabe, hinter der Demokratie des scheinbaren Gegners die gefährlichere Macht des unsichtbaren zu zeigen. Aber eben darum ist auf der andern Seite die Wahlbestimmung des österreichischen Bürgerturns im Grunde nichts als ein tragischer Irrtum. Die Wiederaufrichtung der bürgerlichen Ordnung, als die dem bürgerlichen Bewußtsein und Unterbewußtsein die Seipel'sche Sanierung erscheint, läßt

den Kleinbürger wieder hoffen. Die Krone ist stabil, man kann wieder sparen, wieder besitzen! Er hofft untonst. Er wird schließlich nur sparen, um der Bank zu zinsen, nur besitzen, um von ihr beherrscht zu werden. Nicht das österreichische Bürgerturn hat eine Zukunft, nur das internationale Finanzkapital.

Wieder eine Brotpreiserhöhung

Die Markverschlechterung und die bevorstehende Einführung der freien Brotgetreidewirtschaft wirken sich jetzt bereits in verheerenden Anzeichen des amtlichen Preises für Marktbrot aus. Die Reichsregierung hat mitgeteilt, daß der Abgabepreis der Reichsbrotbäckerei, der für das an die Kommunalverbände zur Marktbrotversorgung gelieferte Getreide von 800 000 auf 2,4 Millionen Mark die Tonne: im 23. Juli an erhöht werden wird. Diese Erhöhung ist an sich nicht verwunderlich, nachdem die Entwertung der Mark in dem bekannten rapiden Tempo fortgeschritten ist. Der jetzt noch gültige Preis für eine Tonne Getreide, das die Reichsbrotbäckerei zur Herstellung von Marktbrot abgibt, ist vom freien Markt bereits derart überholt, daß sich die Spanne nicht aufrechterhalten läßt. Das wäre schon unter einer Zwangswirtschaft nicht oder doch nur vorübergehend möglich gewesen, es ist ganz und gar unmöglich geworden, nachdem die nächsten Monate den gänzlichen Abbau der Getreidezwangswirtschaft bringen und die Aussicht immer näher rückt, daß für den Brotpreis im allgemeinen der freie Marktpreis für Getreide maßgebend wird. Dieser beträgt jetzt an der Berliner Börse für Roggen rund 530 000 M. pro Zentner, daraus ergibt sich ein Preis von 10 600 000 M. pro Tonne. Vergleiche man diesen freien Marktpreis mit dem jetzigen Preis, den die Kommunen bisher für Umlagegetreide zahlen und den sie ab 23. Juli zahlen werden, so ergibt sich, daß in der Tat die Verhältnisse infolge des Sturzes der Mark eine Getreide- und Brotpreiserhöhung für Marktbrot notwendig gemacht haben. Allerdings ist mit einer reichlichen Verdoppelung des Marktbrotpreises zu rechnen. Die Verbraucher werden befreit sein müssen, diese neue gewaltige Belastung durch eine Erhöhung ihrer Beiträge, insbesondere des Arbeitslohnes, auszugleichen. Gerade jetzt, wo die Folgen der verheerenden Währungs- und Wirtschaftspolitik der Regierung Cuno in einer für die breiten Massen so gefährlichen Weise in Erscheinung treten, hat die Reichsregierung die Pflicht, auch das übrige zu tun, um die Einführung wertbeständiger Löhne auf einer gesunden Grundlage zu fördern.

Ende des Berliner Metallarbeiterkampfes

Ueber die Abstimmung wegen Beendigung oder Fortführung des Berliner Metallarbeiterkampfes liegt bisher ein zahlenmäßig genaues Resultat nicht vor. Nach einer Meldung des Metallarbeiterverbandes hat die Mehrheit die erforderliche Mehrheit zur Fortführung des Streiks nicht ergeben. Infolgedessen hat das Metallkartell beschlossen, die Arbeit in den Betrieben am Freitag wieder aufzunehmen.

Die Funktionärversammlung, in der sich der Vorstandsmitglied Genosse Robert Dittmann für die Annahme des Vergleichs eingesetzt hatte, hatte das Angebot wegen des zu geringen Stundenlohnes abgelehnt und deshalb die endgültige Entscheidung in die Hände der Mitglieder gelegt. Erfolgreicherweise haben sich diese nunmehr für die Annahme entschieden. Das ist durchaus richtig. Denn wenn auch ein Stundenlohn von 12 500 M. für die zweite Juliwoche, festgesetzt auf der Grundlage eines lokalen Preisindex, ganz sicherlich überholt ist, so liegt doch die Bedeutung des Abkommens vor allem darin, daß künftig die Lohnregulierung auf wertbeständiger Grundlage erfolgt. Es ist die positive Seite des Abkommens, daß hier im gewerkschaftlichen Kampfe zum ersten Male das Prinzip der wertbeständigen Löhne erzwungen worden ist. Nunmehr wird es die Aufgabe der Verbandsleitung sein, die Grundlage für die nunmehr durchgesetzte wertbeständige Regelung günstiger zu gestalten, einen höheren Reallohn durchzusetzen, als er sich in den 12 500 M. Stundenlohn ausdrückt.

Auf einen Stich fällt keine Eiche, der erste Vorstoß wird in den allerwenigsten Fällen zu einem umfassenden Erfolge führen, zumal, wenn man Kampf gegen einen Gegner hat, dem, wie den Berliner Metallindustriellen, gewaltige Mittel zur Verfügung stehen. Ein Anfang zur Annullierung der Einflüsse an die Entwicklung der Preise ist gemacht. Und daß sich bereits heute auch andere Gewerkschaften dem Vorgehen der Berliner Metallarbeiter anschließen und bei ihren Lohnverhandlungen ebenfalls die Wertbeständigkeitsklausel durchsetzen, das zeigt bereits die Bedeutung des Erfolges, den die Berliner Metallarbeiter errungen haben.

Auch die Bergarbeiter fordern Wertbeständigkeit

Berlin, 12. Juli. (Eigene Meldung.) Im kommenden Montag beginnen im Reichsarbeitministerium die Verhandlungen zur Schaffung wertbeständiger Löhne im Bergbau. Die augenblicklich stattfindenden Verhandlungen werden noch im Laufe dieser Woche abgeschlossen. Man wird sich bei den Verhandlungen um die Bergarbeiterlöhne im wesentlichen auf die Wert-

beständigkeitsforderungen der Berliner Metallarbeiter stützen.

Wertbeständigkeit auf der Roggengrundlage

Berlin, 12. Juli. Zwischen dem Verband der Gemeindefunktionäre und Staatsarbeiter und der Berliner Stadtbücker, G. m. b. H., ist mit Bezug auf die Entlohnung der Metallarbeiter vereinbart worden, daß vom 2. Juli an wertbeständige Löhne auf der Roggengrundlage eingeführt werden. Als Stundenlohn wird für jede Kategorie der Arbeiter eine bestimmte Roggenmenge festgesetzt, die nicht in natura, sondern in barer Entlohnung zur Auszahlung gelangt. Der Wert des Roggens wird bestimmt nach dem wöchentlichen Durchschnitt der täglichen Vorkaufspreise.

Der erste Gehaltsstarf auf wertbeständiger Grundlage

Angelehnt an den schleppenden Gang, den die Verhandlungen über wertbeständige Löhne bisher in der Zentralarbeitsgemeinschaft genommen haben, und angesichts der Tatsache, daß die Reichsregierung völlig passiv bleibt, hat der Zentralverband der Arbeiter, wie wir bereits gestern kurz mitteilen, nunmehr die Tarifverhandlungen im Berliner Einzelhandel bestritten, um das neue Lohnsystem praktisch zu verwirklichen. Nach dem vorliegenden für den Monat Juli durch den besagten Vertreter des Zentralverbandes der Angestellten, der Gewerkschaftsbeamten Publis, getroffenen Abklaus wird das Arbeitseinkommen in ein festes Grundgehalt und einen beweglichen Zuschlag eingeteilt. Da das Abkommen erst nach Ablauf der ersten Juliwoche getroffen werden konnte, wurde die in dieser Woche eingetretene Geldentwertung bereits bei der Festlegung des Grundgehaltes berücksichtigt. Das Grundgehalt ist sich aufsummiert aus dem Rungehalt (1923) plus 33 Prozent Verbesserung des Realeinkommens und auf diese Summe noch 60 Prozent Entwertungsfaktor für die erste Juliwoche. Das so ermittelte Grundgehalt wird zu zwei Rufen ab 16. Juli ausbezahlt zusätzlich eines Entwertungsfaktors für die zweite Juliwoche in Höhe von 23 Prozent. Der Rest von drei Rufen des Zulagehaltes gelangt am 30. Juli zur Auszahlung zusätzlich des Aufschlages, der sich aus dem Verhältnis des Geldwertes der dritten und vierten Woche zur zweiten Juliwoche ergibt. Da der verbesserte amtliche Lebenshaltungsinde bei den Verhandlungen noch nicht vorhanden war, so sind für den Übergang im Juli zwar diesmal noch Dollar und Reichsmark als Maßstabsinstrumente zur Anwendung gekommen, doch wurde vereinbart, daß für August der künstlich angewendete Index neu festgesetzt wird. Zu diesem Zweck ist ein Abkommen getroffen worden, wonach Arbeiter und Arbeitnehmer eine paritätische Kommission aus je sechs Personen bilden. Sie hat die Aufgabe, ein Anberverfahren aus den Kleinhandelspreisen vorzubereiten, falls bis dahin ein brauchbarer amtlicher Lebenshaltungsinde noch nicht zur Verfügung stehen sollte.

Seite 8
Freiheit
ruft die
ihre ständ
b Waffens
und die
nationalen
e Achtung
Walballe
den voran
g beachten
erische W
Die W
Weise ge
der Deut
die Sport
wertreter
rucht die
ge, sofort
hofft durch
die unges
den Ver
erbet, sich
achtet die
Arbeits
der Deut
Besuch de
Cuno und
stellt wer
erlicher mit
Arbeiter
nd Sport
Für die
in Sport
sternparade

Mordbund Schlageter

Ehrhardt-Deute als Instigator zum Mord

In der Ermordung des jungen Starmer und seine nationalsozialistischen Parteigenossen wird aus Wien berichtet, daß die Zahl der Verhafteten auf 35 gestiegen ist. Es handelt sich vornehmlich um die Gruppe, die von dem angehenden Heinrich Freund geleitet wurde und sich „Kameradschaftsbund Schlageter“ genannt hat. Diese Gruppe hat mit der Gruppe Novosot zusammengearbeitet, während die dritte Gruppe, die von dem reichsdeutschen Offizier Krüger geleitet wurde, vornehmlich der Anlegung des Schlagers im Marktschloß bekanntlich wird. Von den beiden ersehnten Gruppen ist bekannt, daß von ihnen acht Leute den jungen Starmer zum Tode verurteilten und Novosot ausreißend haben, das Todesurteil zu vollstrecken. Schwarze Listen wurden nicht schriftlich festgelegt, sondern nur mündlich weitergegeben. Diese Terrorgruppe der acht Leute hat nicht nur den Starmer, sondern auch eine Reihe weiterer bekannter Personen umbringen wollen. Die meisten von den Verhafteten haben an der von dem Obersten Lehner aus dem Erzherzog veranstalteten Übung teilgenommen, während der es zu einem Zusammenstoß mit sozialdemokratischen Ordnungswächtern kam. Novosot hat einem seiner Freunde von dem Versuch eines reichsdeutschen Abgesandten erzählt, der ihm die Aufforderung der reichsdeutschen Organisation überbracht habe, Starmer zu befreiben, da er Mission der Nationalsozialisten der Sozialdemokraten und Kommunisten verraten habe. Der deutsche Abgesandte habe ihm einen Beweis für seinen Auftrag nicht erbracht, aber einen Siegelring der Brigade Ehrhardt als Legitimation vorgewiesen.

Die Verhafteten wurden in das Landesgericht in Wien eingeliefert, da die Unterbringung in Wien leichter durchgeführt werden kann, weil die meisten der Verhafteten in Wien wohnen. Dieser „Kameradschaftsbund Schlageter“, dessen Mitglieder sich untereinander zum Tode verurteilten und ermordeten, ist ein würdevolles Gegenstück zu der Bewegung, die dem „Nelden“ Schlageter von Ludendorff und Genossen und von dem größten Teil der deutschen bürgerlichen Presse entgegengebracht wird. Die Wiener Mordorganisation, die sich nach Schlageter nennt, hat jedenfalls richtig erkannt, was dieses Kind dieser Schlageter war, und daß sie kaum ein besseres Nachbilde für ihre terroristischen Bestrebungen finden konnte, als gerade den Namen dieses Hakenkreuzlers, dem Ludendorff jetzt ein Denkmal setzen will.

Bisher hat die Polizei noch nicht herausbekommen, wer eigentlich hinter diesen Terrorgruppen unreifer Burden steht, und aus welchen Quellen die Geldmittel dieser Organisation fließen.

Zu den zahlreichen früheren Beweisen für die innige Zusammenarbeit der Wiener mit den reichsdeutschen Hakenkreuzern kommt jetzt die Tatsache, daß ein Reichsdeutscher, und zwar ein Mitglied der berühmten Brigade Ehrhardt, den Mord an Starmer angezettelt hat. Da der Einfluß der Ehrhardt-Deute ist so groß, daß sie ihre Verschlingung, Starmer habe die Nationalsozialisten den Sozialdemokraten und Kommunisten verraten, gar nicht erst zu beweisen brauchen. Das Vorzeigen eines Siegelringes der Brigade Ehrhardt genügt den Burden des Schlageterbundes vollkommen, um den Mordbefehl auszuführen und ihren Kameraden Starmer zu befreien. Eine treffliche Veranschaulichung jenes leidigen Unterkonzeptes, der unter Wilhelm II. in Deutschland großgezüchtet wurde und das deutsche Volk verflucht hat. Jenes Geistes, der Schillers Wort vom Männerstolz vor Königskrone zu einem Scherz werden ließ. Jenes wilhelminischen Geistes, der von jedem Deutschen im Soldatenrock verlangte, auf Vater und Mutter zu schießen, wenn der Befehl dazu gegeben wird.

Es besteht auch leider wenig Aussicht, daß durch die Wiener Mordfälle Licht in die dunklen Abgründe der fortschrittlichen Weihenbrände gebracht wird. Ebenso wie in Bayern — der Fuchs-Rothlauf-Prozess war ja ein typisches Beispiel — wird auch in Oesterreich alles getan, um die hochtadelnden Hintermänner der schändlichsten Verbrechen zu decken.

In Oesterreich wie in Bayern das gleiche Bild: Verschlingungen der Hakenkreuzler werden von den Behörden vor der Entdeckung geschützt. Hakenkreuzler - Versammlungen stehen unter starkem polizeilichen Schutz. Arbeiten sich doch die deutsche und die österreichische Reaktion ganz offen in die Hände: die von der reichsdeutschen Justiz

geführten Kapp-Putschisten über angeführt in Oesterreich und organisierten von hier aus ihre Mörder- und Verhöhrordnungen. Während Sachsen, Thüringen, Breußen die faschistischen Organisationen verboten hat, wachsen sie in Bayern und Oesterreich unter dem Schutz, ja unter der Förderung der Regierungen weiter, stehen Regierungen und Hakenkreuzler in enger Verbindung miteinander.

Aber auch außerhalb Bayerns und Oesterreichs tragen all jene bürgerlichen Väter, tragen all die bürgerlichen Parteien schwere Mitschuld an dem Wachsen des faschistischen Terrors, die die Verbrechen der Hakenkreuzler nicht aufs schärfste verdammt, sondern vertuscht, entschuldigt oder wenigstens noch gar verherrlicht haben. Von der Verherrlichung des Grafen Arco, des Mörders von Eisner, von der Stempelung der Hakenkreuzer zu Helden, bis zu dem Hohnschrei der Verbrennung eines Schlageter sieht sich eine schwere Last von Schuld, an der alle die zu tragen haben, die nicht rückhaltlos von dem nationalsozialistischen Gefindel abgerückt sind.

Die Vorbereitungen für eine Rheinische Republik

Münster, 11. Juli. (Eig. Drahtbericht.) Von einer über die französischen Pläne auf genaue unterrichteten Persönlichkeit, der durch ungezügelnahme mit den leitenden französischen Stellen wichtiges Material über die Aufrüstung zugänglich war, erfahren wir über die Vorbereitungen für die Rheinische Republik folgende Einzelheiten: Anfang Juli dieses Jahres fand eine wichtige Zentralsitzung der Anhänger der Rheinlandsrepublik gemeinsam mit bekannten französischen Persönlichkeiten in Köln statt. Die Sitzung, in der besonders Smets und seine Vertrauensleute, insgesamt fünf Personen, eine wichtige Rolle spielten, befaßte sich eingehend mit der Aufrüstung. Auch eine früher in Aachen stattgehabte Konferenz wurde dabei eingehend erörtert, in der man bereits die Ausübung der Rheinischen Republik besprochen und der „Hohen Kommission“ von diesem Beschlusse Mitteilung gemacht hatte, um zu dem gewünschten Ziele zu gelangen. Smets sagte in der Sitzung wörtlich: „Man wollen wir mal unsern Antrag der französischen Regierung unterbreiten. Öffentlich tritt dieselbe unsere Auforderungen an.“ Smets ist in der Sitzung für rücksichtslose Besetzung des Ruhrgebietes eingetreten, ebenso für die rücksichtslose Ausweitung der Spähren der Behörden sowie von Vermögenden Beamten, da er annahm, sie würden eher in französischen Diensten arbeiten, als Haus und Hof verlassen. Ferner trat Smets für rücksichtslose Verhaftungen und Beschlagnahme aller Gelder ein. Alle diese Punkte wurden in der Konferenz eingehend besprochen. Später hat dann Smets in Koblenz mit Tirard längere Verhandlungen darüber gepflogen.

Am Sonnabend, 14. Juli, feiern die Franzosen ihr Nationalfest in Erinnerung an die Erklärung der Paktelle. Gerüchte besagen, daß an diesem Tage von den Kreisen der Smets und Dorn die Rheinische Republik ausgerufen werden soll. Es scheint dies noch zweifelhaft, aber ungewiß ist, daß der Separatismus, die Agitation für die Ausräumung des Rheinlandes von Deutschland und speziell von Breußen, umgeht, dank der eifrigen Tätigkeit einer französischen Propaganda. Wo aber findet diese ihren Eingang? Es ist bezeichnend, daß die Kreise, die sich sonst überall als „national“ gebären, am ehesten auf den französischen Empfindungsbereich fallen. Es sind das gewisse politische und wirtschaftlich gleich reaktionäre Kreise des sogenannten gewerblichen und bäuerlichen Mittelstandes. Diese Kleinrentner erwarten von einer Rheinischen Republik eine Förderung ihrer weltlichen Lebensinteressen. Der Hausbesitzer erwartet die Aufhebung der ihm so verhassten Wohnungszwangswirtschaft, um ungehemmt mit den Wohnungen wuchern zu können. Der Händler erwartet die Beseitigung der Wucherergesetzgebung, um ungehindert Profit machen zu können. Der Bauer erwartet, daß jeder Eingriff in seine „freie Wirtschaft“ unterbleibt, damit er seine Erzeugnisse zum Weltmarktpreis und darüber loschlagen kann. Handwerkermeister und Fabrikanten erwarten schließlich die Beseitigung des Schutzzollens, um Arbeiter und Angestellte wie ehemals schanzlos auszuweihen zu können. Kurz und gut, vom französischen Militarismus, dem Schutzherrn der Rheinlandsrepublik, erwartet ein Teil der Interessengruppe ihren eigenen Nutzen. Ganz Dumme heißen noch auf den Mörder an, daß eine Rheinische Republik die Beseitigung der Rheinländer von den Lafien des Friedensvertrags bringe. Diesem Kleinbürgerlichen Egoismus links des Rheins steht als Gegenstück ein wahrer Deutschstolz der große Masse der Hand- und Kopfarbeiter gegenüber, die politisch gesund genug ist, um zu wissen, daß in einer Rheinischen Republik nur die Geschäfte der imperialistischen Reaktion Frankreichs betrieben werden, daß eine Rheinische Republik aber nie und nimmer zum Wohle der schaffenden Bevölkerung auschlagen kann.

Verbot der Arbeitslosenunterstützung

Überfeld, 11. Juli. (Eig. Drahtb.) Die Besatzung unternimmt jetzt den Versuch, den passiven Widerstand durch Unterbindung der Anszahlung von Arbeitslosenunterstützung zu brechen. Die belgische Besatzungsbehörde hat der Döhrdorfer Regierung mitgeteilt, daß in Zukunft in Niederlande jede Verteilung von Geldern der Ruhr- und Rheinlande untersagt ist. Die entsprechenden Konten der Regierung sind an Banken, öffentlichen und privaten Anstalten gesperrt. Die Verwaltung soll unmittelbar alle Rechnungskonten anzeigen, die sie besitzt oder die sie sich eröffnen lassen will, gleichviel wie der Titel ist, unter dem diese Konten laufen. Zuwiderhandlungen werden als Maßnahmen gegen die Ordnung der Rheinlandskommission mit harten Strafen belegt. Regierungspräsident Dr. Grünher hat gegen diese Maßnahme entschieden Protest erhoben. Er teilte der belgischen Besatzungsbehörde in einem Schreiben mit, daß die Regierung die Pflicht habe, in Not befindliche Staatsbürger nach Kräften zu unterstützen. Darum habe er seine Beamten angewiesen, das Ausführen der belgischen Besatzungsbehörde nicht zu beachten.

Die Opfer eines halben Jahres

Berlin, 11. Juli. (Eig. Drahtbericht.) Nach Angabe von unterrichteter Seite liegt im Ruhrgebiet, was nun volle sechs Monate widerrechtlich besetzt ist, eine Armee von 87 000 Mann aller Gattungen, davon 80 000 Franzosen und 7000 Belgier. Im allehiesigen Gebiet stehen außerdem 37 000 Franzosen und 17 000 Belgier. Ferner sind im Ruhrgebiet 10 000 französische und 1000 belgische Eisenbahner zusammengefasst worden. Zwei von Törner der Besatzungsgruppen bis Anfang Juli 92 Personen ihr Leben ein. Die Besatzungsgruppen vertreiben in derselben Zeit 75 714 Personen von Haus und Hof. Davon waren 71 146 ausgewiesen. Am meisten betroffen von der Ausweisung sind die Beamten und Angestellten des Reichsbahnverkehrsministeriums mit fast 9000 ausgewiesenen Hausangehörigen, und fast 23 000 ausgewiesenen Familienangehörigen, die Beamten des Reichsfinanzministeriums mit fast 1800 ausgewiesenen Hausangehörigen und fast 5500 ausgewiesenen Familienangehörigen und die Beamten der preussischen Verwaltung mit über 7200 ausgewiesenen Hausangehörigen und fast 11 000 Familienangehörigen. Außerdem sind 4000 Zivilpersonen mit zum 8000 Familienangehörigen des Landes verwiesen worden. Allein im preussischen Einwohnungsgebiet wurden 169 Schulen mit 1537 Schülern für 50 000 Schüler von den Besatzungsbehörden beschlagnahmt. Unter den zahlreichen widerrechtlich Verurteilten seien nur neun Todesurteile erwähnt, von denen eins bereits vollstreckt ist.

Nationalistische Pfaffen

Der päpstliche Nuntius hat in der letzten Woche mehrere Tage in Berlin über die Abwehr der Denunzianten mit der Reichsregierung verhandelt. Der Erfolg war, daß die Reichsregierung ihm bereit erklärte, ohne das bisher jedoch offiziell der Öffentlichkeit mitgeteilt, die in unterstellten Behörden anzuweisen, den Geheimnissen des passiven Widerstandes in Zukunft keineswegs nach Unterlegung zu gehen. Diefen Erfolg konnte der päpstliche Nuntius wesentlich ergänzen, wenn er zunächst einmal in Bayern auf die katholische Geistlichkeit dahin einwirken würde, daß in Zukunft von der Anzahl nicht mehr nationalisierende Propaganda getrieben wird. Es ist kein Geheimnis mehr, daß auch dies: Geistlichkeit in Bayern speziell auch die Sabotageakte verherrlicht. Sie scheint in diesem Lande der Ordnung gegenüber den wilden Ideen nicht weniger als immun zu sein, obwohl die deutschsozialistische Theoretiker, wie z. B. Prof. Dr. Freyher von Liebig, erklären, daß das Christentum kein geeignetes politisches Handwerkszeug für Deutschlands Wiederaufbau und seinen Weg zur Macht sei. Das „Gedächtnis und politische Notwendigkeit“ schreibt der deutschsozialistische Professor, „sind nicht die großen Grundgedanken und ewigen Wahrheiten des Christentums, sondern die Erkenntnis der großen Grundgedanken und ewigen Wahrheiten des deutschen Volkstums“. Es gibt heute in Bayern keine nationalisierende Veranstaltung, ohne daß ein katholischer Geistlicher seinen „Segen“ dazu gibt. Wie weit die Dinge gehen, zeigt ein Artikel, der das in Würzburg erscheinende Organ der Christlichsozialen Partei Bayerns (Katholisches Zentrum) Das neue Volk kürzlich veröffentlichte. Dieses Blatt, das vom dem Hauptteil der kirchlichen Machthaber in Bayern als reichsgerichtet schimpft, von den christlich organisierten Arbeitern aber gehalten und gelesen wird, und das sich rühmt, daß in München bereits die meisten christlichen Gewerkschaftsfunktionäre zu ihm halten, bringt in diesem Artikel über die Stellung eines Teiles der katholischen Geistlichkeit zum Nationalsozialismus folgende bemerkenswerte Ausführungen:

„Der Papst predigt wieder den Gedanken des Friedens und der Liebe — es gibt katholische Geistliche, die ihm den Gehorsam hier verweigern... Es scheint überhaupt in Mode zu kommen, daß selbst katholische Geistliche den Nationalsozialistischen Propagandisten dienen. In Ingolstadt hielt ein katholischer Pfarrer die Einweihungsrede für die Sturmflagge und bei Schlageterfeier schämten sich bestimmte Geistliche nicht, die Sabotage zu verherrlichen.“

Leben • Wissen • Kunst

Der Mann im Glashaus

Auch dem ahnungslosesten Mitteleuropäer, also auch dem Dresdener Epicher, muß eigentlich der Eifer aufstehen, mit dem die Dresdener Neuesten Nachrichten gegen Georg Bernhardt von der Hoffischen Zeitung wüten, weil er, ein bürgerlicher Journalist, in seinem Blatt offen ausgesprochen hat, was unsere Lesern freilich längst nicht mehr fremd ist: daß nämlich ein gut Teil der bürgerlichen Presse — wir behaupten, der größere — unmittelfar oder mittelbar im Solde des Kapitalismus steht. — Wen's juckt, der kratzt sich — und die „Neuesten“ kratzen sich heftig. So wieder in der Donnerstagnummer dieser Woche, in der Herr Leopold Schulze einen langen Anti-Bernhardt-Artikel veröffentlicht. Ausführlicher wird darüber an anderer Stelle unseres Blattes zu reden sein. Wir wollen hier nur auf einen Passus in dem langen Schrieb eingehen, weil Herr Schulze darin uns „unter dem Strich“ auf die Stiefelspitzen tritt, wohl in dem Glauben, dabei auf empfindliche Nerven treffen zu können. Er spottet mit lauerlicher Miene über die Presse der Linken, „in der auch das kleinste Heuflöckchen und die geringste Sabotagebesprechung erst nach den Regeln des Parteikalchismus überprüft werden müssen, ehe sie der Öffentlichkeit vorgelegt werden können“.

Herr Schulze hat anscheinend wahrgenommen, daß zwischen dem Programm der sozialistischen Partei und ihrer Presse in allen grundsätzlichen Fragen ein Einklang besteht, in den auch der unterhaltende und literarische Teil keinen Widerspruch bringt. Es ist nun bezeichnend, daß sich für ihn, den bürgerlichen Journalisten, daraus ohne weiteres der Schluss ergibt, die einzelnen Arbeiten dieses Teils würden mit der Parteiführung zurechtgefunden. Ihm will nicht einleuchten, daß diese Uebereinstimmung sich auch einstellen kann ohne Vergehung des Individuums, einfach dadurch, daß die Mitarbeiter sozialistisch fühlen und denken — und eben deshalb für die sozialistische Presse schaffen. Herrn Schulzes Schlussfolgerung gibt zu der Annahme Anlass, daß in seinem Lager die Reihenfolge nicht selten anders sei.

Doch eine Meinung, die sich ausdrücklich zum Sozialismus bekennt, darauf achtet, daß auch in Heuflöckchen die Beiträge nicht mit den großen Ideen des Sozialismus in Widerspruch stehen, und danach ihre Mitarbeiter ausücht, das erscheint uns nicht nur berechtigt, sondern sogar ein wenig anständig. Im übrigen sind wir nicht kleinlich. — Auf keinen Fall verlangen wir jedoch, daß

aus irgendwelchen Gründen die Wahrheit unterdrückt, das Gute schlecht und das Schlechte gut genannt werde, und künstlerischen Veranstaltungen der eigenen Partei z. B. steht die Kritik unter dem Strich nicht milder gesinnt gegenüber als andern. Dafür bietet, wie wir glauben, gerade das Heuflöckchen der Dresdener Volkzeitung genug Beweise.

Der im Glashaus sitzt, soll nicht mit Steinen werfen. Gerade die „Neuesten“ hätten allen Grund, mit ihren Bemerkungen recht vorsichtig zu sein. Sonst könnte es doch einmal notwendig werden, einiges zu sagen z. B. über die „Freiheit und Unabängigkeit“ ihrer Mitarbeiter im Heuflöckchen, den manchmal vor schlechten Willen den sozialdemokratischen Kritikern darum beneideten, daß er rund heraus seine Meinungen sagen und — schreiben dürfe, ohne Rücksichten, sei es nun auf den Parteikalchismus oder auf — die Inseratenliste zu nehmen.

Vortrag

Grundbegriffe der Mathematik. Vor einigen Tagen hielt in der Technischen Hochschule Privatdozent Dr. Biarda seine Antrittsvorlesung „Ueber einige Grundbegriffe der Mathematik in moderner Beleuchtung“, in der er ungefähr folgendes ausführte:

Das Fundament der Analysis ist der Grenzwert; auf ihn gründen sich die Begriffe der Stetigkeit, des Differentialquotienten, des Integrals, der unendlichen Reihen usw. Erst allmählich haben diese sich zu der heutigen Klarheit herausgebildet. Nur mittels der modernen Auffassung der Stetigkeit können wir, gleichsam wie mit einem Mikroskop, in die feinere Struktur der Funktionen hineinschauen. Sehr geheimnisvoll erschienen den älteren Mathematikern die unendlichen Reihen, da es ansah, als ob die Addition von unendlich vielen Zahlen eine endliche Summe ergibt. Wir sind uns klar, daß nicht unendlich viele Zahlen addiert werden, sondern wir bilden durch eine einfache Operation (Partiellsummen) aus den Gliedern der Reihe eine neue Reihenfolge z. B. ... die daraufhin untersucht wird, ob ihr Grenzwert existiert. Ist das der Fall, so definieren wir, nicht aus logischer Notwendigkeit, sondern als Willkür, als Zweckmäßigkeitgründen diesen Grenzwert als den Summenwert der Reihe. Mit dem gleichen logischen Recht können andre Operationen zur Bildung anderer Zahlenfolgen z. B. ... dienen, deren Grenzwert untersucht und als Summenwert der ursprünglichen Reihe definiert werden kann. Das führt, wenn diese beliebigen Operationen noch einige zweckmäßige Bedingungen erfüllen, auf die Behandlung der früher unzugänglichen

divergenten Reihen. — Durch unser abstraktes Denken werden tiefen wir die Begriffe, die jedoch von außen angetrieben werden. Der Fortschritt beruht letzten Endes in einer dauernden Wechselwirkung zwischen reiner Mathematik und ihren Nachbargebieten (praktische Mathematik und Physik), wie vor allem heute die Relativitätstheorie lehrt. Jede Anregung der Praxis führt früher oder später in der reinen Mathematik zu neuen Erkenntnissen, und jede Erkenntnis der reinen Mathematik kommt ganz gewiß einmal auch der Praxis zugute.

Dresdner Kalender

Theater am 13. Juli. Opernhaus: Geflossen. — Schauspielhaus: Torquato Tasso (7). Volkshäuser Nr. 8418 bis 8479: Neustädter Schauspielhaus: Rückblicksvorstellungen: Deulher Wode, Rudolph, Fredrich Meine Säge, Der Page Gustav Adolph (St. Feiden). — Theater: Madame Pompadour (7/8). — Central-Theater: Natta (7/8).

Theater im Großen Garten. Mit Genehmigung des Finanzministeriums veranstalten die künstlerischen Laienvereine Dresden e. V. jeden Sonntag auf der Naturbühne im Großen Garten, gegenüber dem Parktheater, neben Café Schön, Morosenziern. Am Sonntag, am 11. Juli vormittags, kommen zur Aufführung Szenen aus Robinson von Goethe. Eintritt frei, für Kinder nur in Begleitung Erwachsener. Es wird gebeten, Sitzgelegenheiten oder Bänke mitzubringen.

Der Beamtenverein ehem. Militärkapellmeister veranstaltet Freitag (7/8) ein Konzert im Lindesden Bade. U. a. kommt die Oubertüre 1812 von Tschaikowsky zur Aufführung. Gleichzeitig ist Gelegenheit geboten, das Feuerwerk auf der Vogelweide in Angerfelden zu sehen. Die Mitglieder werden gebeten, sich Donnerstag ben 12. Juli, pünktlich 7 1/2 Uhr, zur Probe im Vereinslokal Admirengarten einzufinden.

Von den Dresdener Hochschulen. Technische Hochschule. Das Ministerium des Kultus und öffentlichen Unterrichts hat den in Frage kommenden Abteilungen die Genehmigung erteilt, Regierungsratemeistern und Dozenten, soweit sie die Regierungsratemeister-Staatsprüfung bestanden haben, den Grad eines Diplom-Ingenieurs zu verleihen.

Kierärztliche Hochschule. Privatdozent Dr. med. vol. Richard Böke aus Dresden hält seine Antrittsvorlesung über das Thema „Die Lebenslage als Entwicklung- und Qualitätsfaktor“ am Donnerstag den 18. Juli 1928 abends 6 Uhr im Hörsaal 7 (Nordgebäude) der Tierärztlichen Hochschule 33 Dresden.

Achtung! Erweiterter Bezirksvorstand der V. S. P. D.

Die für Sonntag einberufene Sitzung des erweiterten Bezirksvorstandes muß wegen Verhinderung der Landtagsabgeordneten auf

Sonntag den 15. Juli, vormittags 10 Uhr verlegt werden. Lokal: Volkshaus, Saal 1. Die Mitglieder des erweiterten Bezirksvorstandes, die Landtags- und Landtagsabgeordneten unseres Bezirks werden gebeten, von der Verlegung auf Sonntag Kenntnis zu nehmen. Die Parteisekretäre werden ersucht, die Vertreter ihres Unterbezirks von der Verlegung zu benachrichtigen.
Der Bezirksvorstand der V. S. P. D. Ostschlesien.

Sächsischer Landtag

58. Sitzung, Mittwoch, 11. Juli 1923, nachmittags 1 Uhr
Der Präsident teilt mit, daß sich der Verfassungsausschuß mit dem Protest des Abg. Reinhold gegen die Abstimmung am Montag über das Beamtenpflichtgesetz beschäftigt habe. Eine einheitliche Stellungnahme, ob die Auslegung der Geschäftsordnung durch den Vizepräsidenten Bürger richtig war, war nicht zu erzielen, vielmehr fanden sich zwei Anschauungen scharf gegenüber. Der Präsident schlägt deshalb vor, das Haus darüber entscheiden zu lassen. Da die rechte Seite gegen eine sofortige Abstimmung Widerspruch erhebt, soll erst morgen abgestimmt werden.
Darauf wird in die Spezialberatung über die neue Gemeindeordnung

eingetreten.
Ein großer Teil der Paragraphen gelangt beinahe zur Annahme, während andere Bestimmungen und die dazu vorliegenden Minderheitsanträge der Bürgerlichen und der Kommunisten nach längeren Debatten führen, an denen sich die Sozialdemokraten aber nicht beteiligen.
Die Einzelabstimmungen bringen durchaus keine Überraschungen. Es werden überall die Anträge der Ausschüsse einstimmig angenommen und die Minderheitsanträge abgelehnt.

Der Vorschlag des Ausschusses, der von der Gemeindeverwaltung kommt, beantragt die Volkspartei nochmals eine zamentliche Abstimmung über die zu wählende Verwaltungsform. Es soll den Gemeinden die Wahl der Befehlshaber zustehen, ein Antrag, der in momentaner Abstimmung mit 48 Stimmen gegen 42 Stimmen abgelehnt wird.
Gegen die Stimmen der Bürgerlichen wird auch beschlossen, daß Gemeinderatsmitglieder nicht Gemeindevorstände sein dürfen.

Abgelehnt werden auch der kommunistische Antrag auf Wahlberechtigung vom 18. Lebensjahre an und ein Antrag der Rechten auf Festlegung eines halbjährigen Aufschubs am Orte als Voraussetzung für die Wahlberechtigung.
Wenig abgelehnt wird der demokratische Antrag, die Gemeindevorstände auf 4 Jahre (nicht 3 Jahre) zu wählen, desgleichen der Antrag Müller (D. Vp.), dem zum Gemeindevorstandswahlberechtigten gewählten Bürgermeister das Stimmrecht einzuräumen.

Festig räumen die Bürgerlichen auch an gegen die Bestimmungen, die von der Amtsdauer des Bürgermeisters handeln. Nach dem Entwurf soll der Bürgermeister erstmalig auf sechs Jahre, bei der Wiederwahl auf länger als sechs Jahre, höchstens jedoch auf 12 Jahre gewählt werden können.
Die Volksparteier wollen die Wiederwahl auf 12 Jahre zur Regel machen, aber auch die Wahl auf Lebenszeit für zulässig erklären. Der Demokrat Dr. Dehne will dagegen den Bürgermeister sofort auf 12 Jahre gewählt wissen, außerdem soll die Zulässigkeit der Wiederwahl auf Lebenszeit rückgängig festgelegt werden können, während die Kommunisten fordern, daß der Bürgermeister immer nur für die Legislaturperiode der Gemeindevorstände gewählt wird.

Auf diese Weise hat man glücklich kurz vor 5 Uhr von dem mehr als 200 Paragraphen umfassenden Gesetzestext 78 Paragraphen erledigt.
Wegen der unerträglich hohen Sitzungskosten wird eine einstufige Pause beschlossen.
Gegen 8 Uhr werden die Beratungen fortgesetzt. Es kommt auch wiederholt zu namentlichen Abstimmungen, die aber stets das gleiche Resultat haben. Unter den Minderheitsanträgen, die der Abrechnung verfallen, befindet sich auch der Antrag der Kommunisten, die Führung der Polizei nicht dem Gemeindevorstand, sondern den Gemeindevorständen zu übertragen.

Eine scharfe Attacke unternahmen die Bürgerlichen gegen den Antrag der Ausschüsse, den Bürgermeistern, wenn sie ausscheiden wollten, Gehalt und Pension zu entziehen. Der Volksparteier Müller bezeichnete diese Regelung als eine große Unbilligkeit und Unfairheit und der Demokrat Dr. Dehne nannte diesen Paragraphen als das trübste Kapitel der Vorlage.
Der Antrag Müller, den ausscheidenden Bürgermeistern ein Ruhegehalt von 50 Proz. ihres Dienstverdienstes zuzubilligen, wird in namentlicher Abstimmung mit 48 gegen 42 Stimmen abgelehnt. Es bleibt also auch hier bei den Beschläüssen der Ausschüsse.
Gegen 8 1/2 Uhr abends ist man schließlich mit den Einzelabstimmungen zu Ende. Die Schlusssitzung findet später statt, da auf Antrag der Bürgerlichen noch eine dritte Lesung stattfindet.
Mit der Abstimmung der heute noch auf der Tagesordnung stehenden zweiten Beratung der Gewerbesteuer-Vorlage erhebt sich die Linksmehrheit einverstanden gegen die Aufhebung der Rechten, daß von ihrer Seite zu dieser Vorlage keine dritte Lesung beantragt werden wird. Die Vorlage kommt morgen zur Verhandlung.

Erledigt wird aber noch gemäß dem Antrage des Rechtsausschusses der Entwurf über eine weitere
Veränderung des allgemeinen Vergesetzes.
Der Entwurf wird in der Ausschusssitzung angenommen, gleichzeitig auch eine Entschlüsselung, wonach die Regierung ersucht wird, dem Landtage alsbald eine Vorlage vorzulegen, durch welche § 127 des Gesetzes aufgehoben und an dessen Stelle folgende Bestimmung gesetzt wird: „Eine Vereinbarung zwischen dem Arbeitgeber und einem der in § 123 bezeichneten Angestellten, durch die der Angestellte für die Zeit nach Beendigung des Dienstverhältnisses in seiner gewerblichen Tätigkeit beschränkt wird.“
Gegen diese Entschlüsselung stimmen die Rechten.
Schluß 9 Uhr abends. — Nächste Sitzung: Donnerstag den 12. Juli, vormittags 11 Uhr.

Drohung mit dem Milchkrieg!
Das sächsische Agrarparlament, der Landeskulturrat hielt am Dienstag in Dresden seine 71. Gesamtsitzung ab, in der es zu einer förmlichen Kampfschlacht gegen die verhasste sozialistische Regierung kam, weil sie den Wünschen der profitgierigen Landwirte noch immer Widerstand entgegenstellt.
Nach der Wahl des Vizepräsidenten Stieger, Seute- witz zum Vorsitzenden an Stelle des verstorbenen Oekonomierats Andree, Braunsdorfer, erstarrte der Generalsekretär, Hofrat Dr. Schöne, den Gesandtschaftsbericht. Seit der letzten Sitzung sei ein weiterer wichtiger Teil der Zwangsmaßnahmen, die Zwangsmaßnahme, abgelehnt worden. Wir haben nun für das Getreide wieder die freie Wirtschaft und keine Verteilung der Ländereien mehr zu verzeichnen. Das betrüblichste Kapitel seien dagegen die Höchstpreise für Milch und Milchprodukte. Die Milchpreise seien in den letzten Jahren in ungenügender Höhe wieder gesunken, werde aber durch die Maßnahmen des Wirtschaftsministeriums in Frage gestellt, wenn die Maßnahmen nicht bald wieder aufgehoben werde. Das sächsische Wirtschaftsministerium habe erklärt, an den Milchhöchstpreisen solange festhalten zu müssen, als nicht wertbeständige Löhne eingeführt seien. Da der Index in letzter Zeit erheblich verbessert worden sei, wäre der Zeitpunkt da, wo das Ministerium sein Wort einlösen müsse. Die Siedlungsfrage hat ebenfalls Unwillen hervorgerufen, weil der Großgrundbesitz das über eine bestimmte Größe hinausgehende Land hergeben soll. (Antrag Müller, Franken, im Reichstage.) Es wurde behauptet, das wäre die größte Feindschaft, die beangene werden könnte, weil ein Betrieb je größer, um so leistungsfähiger sei, ganz abgesehen davon, daß es sich um einen Eingriff in das Privateigentum handle (Ahal), und verlangt, daß Staatsbesitz zu Siedlungszwecken zur Verfügung gestellt werde.

Der Bericht gab Anlaß zu einer längeren und teilweise sehr lebhaften Debatte. Zunächst verlangte ein Redner, daß der Vorstand sich mit der Regierung in Verbindung setzen soll, damit diese den Landarbeitern, die sich angeblich mit Streikabsichten zur Erntezeit trügen, den Standpunkt gebührend klar machen soll. Ministerialrat Dr. Sala vom Wirtschaftsministerium erwiderte, sich doch nicht auf allgemeine Lebensfragen einzulassen. Selbstverständlich habe das Ministerium das größte Interesse daran, daß die Ernte gut herinnehme. Wie es aber gemacht werde, um gegen die Landarbeiter Stimmung zu machen, das sei ein Vorfall in den letzten Tagen. Dem Ministerium wurde telephonisch gemeldet: Landarbeiterstreik! Ernte in Gefahr! Eingekerkert! Diese Alarmnachricht stellte sich als vollkommen unbegründet heraus. Wenn die Landarbeiter bei der diesjährigen Erntebewertung mit ihren Löhnen nicht mehr auszukommen vermögen, so setzt man sich eben an den Verhandlungstisch. Die Landwirte zeigten aber dafür manchmal gar kein Verständnis. So ist es vorzunehmen, daß im Leipziger Bezirk ein vergrößerter Landwirt seinen Leuten erklärt habe: Ihr braucht überhaupt nicht wiederkommen! In einem solchen Falle werde die Rechtslage aber dann eine vollkommen andere. Das sei denn kein Streik, sondern eine Aussperrung, und in eine solche müßte sich das

Ministerium natürlich nicht ein. Ob dieser bündigen Erklärung gab es ziemlich vergebliche Geschäfte. Hittgenstetter Werg sagte: Die Sache ist schon so weit, daß die Milchhöchstpreise abgelehnt werden. Die Milchhöchstpreise bedeuten nicht einmal die Ländereien. Der Kuhstall frisst zwei Drittel des Heumetrages der Wirtschaft auf. Im Erzgebirge sei schon jetzt eine Milchnot vorhanden, wie man sie früher nie gekannt habe. Die Landwirte stellen überall ihre Betriebe um, schaffen die Milchhöchstpreise ab und legen sich dafür Jungvieh, meist Bullen, zu. In den Nachbarstaaten sei der Milchpreis um 1500 M. höher. Der sächsische Landwirt würde durch die Milchhöchstpreise viele Hunderte von Millionen ihren Betrieben einbüßen.
Ministerialrat Dr. Sala gab darauf die Erklärung ab, daß sich die Regierung zur Zeit nicht zu einer Aufhebung der Milchhöchstpreise verstehen könne. Sollte es aber zur Einführung wertbeständiger Löhne kommen, sei sie bereit, nach einer andern Weise für die Bemessung der Milchpreise zu suchen und dabei auch die Verteilung der Landwirtschaft zu hören. Im übrigen glaube das Ministerium, daß es mit den in letzter Zeit wiederholt in kurzen Fristen erfolgten Erhöhungen des Milchhöchstpreises der Selbstversorgung und der Notlage der Landwirtschaft Rechnung getragen habe.

Diese Erklärung des Regierungsvertreters schlug wie eine Bombe ein. Auf allen Seiten kamen Angriffe auf die Regierung. Man bestieg sich zu der dreisten und unwarnten Behauptung, die Milch werde weggegriffen und dadurch der Milch zwischen Erzeuger und Verbraucher gesteuert. Der Vorsitzende sagte hinzu, daß man mit Bedauern von der Regierungserklärung Kenntnis genommen habe.
Und als der Regierungsvertreter nochmals das Wort ergriff, um zu erklären, nicht ermächtigt zu sein, weitere Erklärungen zur Milchpreisfrage abzugeben, konnte die Wut der Agrarhöpplinger keine Grenzen mehr. Am Herbst, so wurde erklärt, werde man vor einer Milchkatastrophe stehen, wenn das Wirtschaftsministerium nicht schleunigst einlenke. Eine solche Katastrophe kann natürlich nur durch die Sabotage der Milchzeuger herbeigeführt werden.

Das Bild von diesem Agrarparlament würde nicht vollständig sein, wenn nicht noch der feivote Versuch des Vorsitzenden, für die gegenwärtige Kartoffelnot die Verbraucherantwortlich zu machen, registriert würde. Er sagte nämlich, daß es vor einigen Wochen in den Städten eine förmliche Kartoffelschwemme gegeben wäre. Die Verbraucher hätten aber in der Hoffnung, daß die Preise noch niedriger würden, die Ware nicht abgenommen und so sei dem Landwirt, um sich vor Verlusten zu schützen, nichts anderes übrig geblieben, als die Kartoffeln zu Pfänden zu bringen. Auch die Regierung war natürlich wieder mitschuldig. Durch ihren Druck auf den Kartoffelpreis verhindere sie die Anfuhr ausländischer Kartoffeln.
Selbstverständlich wird sich das stark angefeindete sächsische Wirtschaftsministerium trotz allem Geschehen der Agrarier in seinen Maßnahmen nicht beirren lassen.

Sozialistische Arbeiterjugend Ostschlesien

Reichsjugendtag in Nürnberg
Wir weisen noch einmal darauf hin, daß die Anmeldungen für Nürnberg sofort beim Hauptvorstand in Berlin erfolgen müssen. Putsch und Mädel sind getrennt auf Listen anzuführen. Auch die Teilnehmerlisten sind vom Hauptvorstand zu beziehen.
Die Gruppen, die sich bereits in Dresden angemeldet haben, brauchen nicht mehr an den Hauptvorstand in Berlin zu schreiben, da die Anmeldungen bereits von hieraus erfolgt ist.
Alle Gruppen müssen sofort die Teilnehmerlisten auch an den Sekretariat in Dresden schicken, da wir die Fahrpreisermäßigung von Dresden bis Nürnberg einreichen. Die Fahrt von Dresden nach Nürnberg beträgt für Hin- und Rückfahrt 45 000 M. Also reisen alle Gruppen nur die Fahrt von ihrem Heimatort zum besten Unterbezirkswahlkreis bis Dresden ein.
Wir können keine Anmeldungen für Teilnehmerarten mehr annehmen. Anmeldungen zur Fahrpreisermäßigung werden noch bis zum 30. Juli entgegengenommen. Dann ist Schluss. Also beeilt euch!

Quartalsberichte. Bergeht vor lauter Vorbereitungen für Nürnberg die Berichtsbogen nicht. Dieselben sind sofort richtig ausgefüllt an die Unterbezirksleitungen einzuliefern.
Freiwillig!
Der Jugendbezirksvorstand, J. A.: Konrad Sahnemalt
Dresden-N. 1., Kleine Plauenische Gasse 49, part.

Sachsen Schminte

In einer großen Volksversammlung in Plauen trat dem Genossen Reichstagsabgeordneten Krüger als kommunistischer Hauptdebattierender Herr Dr. med. Schminte aus Bad Elster entgegen, der erklärte, daß die Kommunisten in Plauen darauf losarbeiten, ihre Hundstohlen zu Putsch zu werden vorzubereiten. Dr. Schminte machte sich lustig über

Ein buntes, schwebendes Gewimmel zog in zahllosen Richtungen über das weisse Gras, wie die Ameisen in einem Hügel.
Da waren edige Dienstmädchen und barfüßige Gütelungen mit gekühlten Ohren und kaffeebrauner Haut. Aus der ganzen Horde (Amtsbezirk) hatten die Armenhäuser ihren Inhalt an Krüppeln, Idioten und Subjekten auf den Festplatz entleert, das ganze niedere Volk der Gegend war da: Fischer, Knechte in langen Stiefeln und schwebende Steinhauer. Die Bauern selber waren mit Frauen und Töchtern erschienen, und die Honoratioren der Stadt hatten sich auf und neben der kleinen Tribüne versammelt, um in vorknehmer Zurückgezogenheit das Volkstreiben zu beobachten.
Eigentlich hatte das Fest noch nicht begonnen. Es schloß noch der Bürgermeister, der den ganzen Tag über das schwierige Problem nachgedenken hatte, wie er den Landesvater würdig repräsentieren sollte, und der schließlich zu dem Resultat gelangt war, er tue es am besten, indem er auf dem Wortlein lasse.
Während so die offizielle Eröffnung des Festes, in Uebereinstimmung mit dem gnädigen Beschluß des Bürgermeisters, noch bevorstand, war das Volk bereits zu dem gemüthlicheren Teil übergegangen und schenkte, um die Wahrheit zu sagen, dem Ausbleiben der hohen Obrigkeit keinen Gedanken.

Die Jugend kündelte mit mehr oder weniger Unbefangenheit, die Älteren beobachteten sie mit begreiflichem Nachsehen und erinnerten sich eigener Jugendtorheiten, gaben auch hier und da ein Beispiel zum besten, um zu zeigen, daß sie nicht zurückgefallen hätten, und nahmen dann ihre Zuflucht zu Wads, um „etwas Solideres“ zu kriegen.
Wads war heute in seinem Element.
Er sah im Hintergrund der Kneipe und schämte, daß sein Zeit beinahe kalten bildete; und die beiden Jungen umbrangen ihn wie Riesen, zogen Bierkrüden auf und schenkten Bittern, Arrak und bänkischen Kornbranntwein ein.
Wads hatte seine Augen überall.
(Fortsetzung folgt.)

Die Familie Frank

Roman von Martin Andersen Nexö
Verstärkte Ueberlegung aus dem Dänischen von Hermann Rip
Frank verlor sich selbst in Gedanken um seiner Ungeschicklichkeit willen und sah ein, daß der beleidigte Brauer um jeden Preis befähigt werden mußte, wenn ein Resultat erzielt werden sollte.
„Ja, natürlich ist man selbst schuld“, sagte er demütig. „Man müßt ihn ja gern ein bißchen anständig halten und ihn nicht alles mögliche tun lassen wie ein beliebiges Armeutskind. Und was der Burke für einen Kopf fürs Feiern und Schreiben hat! Ich sage oft zu ihm: Wad, rechne mir das mal aus! Und er tut's stehenden Fußes und läßt mir kein Gesicht hinein. Denn ich habe immer einen schlechten Kopf für dergleichen gehabt. — Und eines Tages, als Wutter zu mir sagt, ich schaute aus den Augen wie ein wütender Stier, murmelte er — Gott steh' mir bei; Wad den Stier bei den Hörnern. — Tat ja, als hörte ich nichts, denn man soll zu so etwas nicht ermuntern. Aber so ein Kopf, was? Wad den Stier bei den Hörnern, sagt er — Gott steh' mir bei, und der Junge geht da“ — zum Pastor.“

Brauer Vom hatte sich zurückgezogen und die Tür geschlossen. Schneider Frank achtete jedoch nicht darauf; er saß mit dem Armen in der Luft und fuhr fort zu reden, indem er sich an einige Wassentwannen, die stehen geblieben waren. „Neh' will nichts gelagt haben, aber der Burke hat seines Vaters Kopf. Wad den Stier bei den Hörnern, kommt er, ganz leise — aber Meister Frank ist nicht von gestern. Holt den Mund, sagte ich, denn Lumpereien soll man nicht unterliegen. Und doch ist's eine gute Leistung für einen Jungen von vierzehn Jahren. Wad den Stier bei den Hörnern, sagte er in vollem Ernst.“

Frank lächelte glühend und summelte die Straße entlang, und die Zuhörer folgten ihm lachend und unter verschiedenen Zurufen, während die Jungen einander von hinten gegen ihn bufften.
Auf dem Marktplatz war das junge Volk und die einbüßere Bevölkerung im Begriff, sich unter der großen Fahne

aufzustellen, die ein vieljähriger Fischer mit ehrwürdigem Bart balancierte. Man wartete bloß auf die Musik, um sich im Zuge auf den Festplatz zu begeben.
Nah hier wurde Frank mit einem Regen von witzigen Bemerkungen empfangen; sie wurden förmlich über seinem Kopfe hin und her geworfen.
„Aha, da haben wir den Mann der Madam Frank!“
„Aha, es hat wohl gewittert, Meister?“
„Seht, wie nett sein König heute morgen geklopft ist!“
„Er läßt ihn auf dem Beine klopfen, damit er nicht den Schmitt verliert.“

Meister Frank nahm den Leuten diese Koloner nicht übel. Er fühlte, daß er, wenn es darauf ankom, die Symphonie aller dieser Menschen hätte; und war sie auch mit einem gut Teil Verachtung gemischt, so kassierte er sie doch mit Freuden ein.
In Wirklichkeit hielt er denn auch die ganze Stadt mit ihm, doch man mag, daß er ein Subjekt war, und seine Zümmlichkeit auch nicht gerade historisch betrachtete.
Seine Frau dagegen verurteilte man. Doch nicht aus irgendwelchem Jörn darüber, daß sie ihren Mann betrogen hatte; das fand man ganz in der Ordnung, da er nichts taugte. Aber man liebte ihre lässige Natur nicht, die sich um so feiler entgegenstemmte, je reißender die Stimmung war, und gerade gegen sie arbeitete, wenn sie zum Wibel ansetzte. Man ließ sich selbst so perne still mit tragen.

Darin verstand man sich besser mit dem Meister Frank. In all seiner Zümmlichkeit, Hoflichkeit und der Reizung, dem geringsten Druck nachzugeben, war etwas Verwunderliches, das man zwar nicht anerkannte, aber das ganz unmittelbar ansprach.
Er konnte einen zum Mitleid rühren.
Und Meister Frank konnte sich in dem Mitleid seiner Mitmenschen, selbst wenn es sich, wie jetzt, ein wenig überlegen äußerte.

Der Festplatz draußen im Dorf glänzte in blühender Glut zu dem wolkenlosen Himmel hinauf, nach alten Zeiten von gewaltigen Tannen eingeschlossen.

die parlamentarische Sachverteilung. Wenn überhaupt Sachverteilung, dann doch nur solche, die durch die Hundertschaften vorgenommen werde.

Wir hoffen, daß auch die kommunistischen Arbeiter bei nächster Überlegung einsehen, welche blühenden Aussichten Herr Dr. Schinle bietet.

Eine arge Verwechslung

In einigen Blättern der Rechten erschienen dieser Tage aufregende Artikel über das Verbot einer deutschen Nationalen Sommerfeier in Mitteldeutschland.

An das Kaiserliche Postamt in Arnsdorf (Sachsen) richten wir die Anfrage, wie lange noch die Republik durch das Aufheben von Verkehrsstellen mit dem Aufdruck 'Kaiserliches Postamt' verhöhnt werden soll?

Kruppenberichtigungen. In einigen Blättern war vor kurzem getraut worden, was es zu bedeuten habe, daß Reichswehrtruppen von Dresden oder Meißel kommend, Chemnitz passiert haben.

Dresdner Chronik

Das Sonnenbad

Das Berliner Tageblatt veröffentlicht Rathschläge hervorragender Aerzte für die richtige Anwendung des Sonnenbades. — Die befragten Aerzte des Naturheilverfahrens stellen zu allererst und mit größter Umsicht die Frage auf, daß jeder, der regelmäßig Sonnenbäder nehmen will, sei es auf keinem Lustort oder auf einer Wiese, an der See oder im Gebirge, vorher von einem Arztlich untersucht und beraten lassen müsse.

Über den richtigen Gebrauch der Sonnenbäder ist folgendes zu sagen: Die Sonne muß 'dosiert' werden, ebenso wie jedes andre Heil- und Arzneimittel nur in einer angemessenen Stärke angewendet werden darf.

Nicht nur bei Gesunden, sondern auch bei verschiedenen Krankheiten und Störungen des normalen Zustandes können Sonnenbäder angezeigt sein. Sehr gute Heilerfolge sind bei Rheumatismus und Gicht zu verzeichnen.

schlimmerte sich bereits noch zwei oder drei Tagen außerordentlich. Veraplette Krankheitsherde brachen wieder auf und gefährliche Blutungen traten ein.

Weil ungefährlicher als das Sonnenbad ist das Licht- und Luftbad. Es ist besonders angezeigt bei nervösen und schwächlichen Personen, die Sonnenbäder nicht vertragen.

Das kostbare Zeitungspapier

Ein Telegramm Zeitungsdirektor kostet heute ab Papierfabrik 7000 Mark. Also kostet ein Gramm sieben Mark!

Ein ungewöhnlicher Protestverlauf

Ein ungewöhnlicher Gerichtsbeschluss wurde in einer vor der letzten Strafkammer angelegten Verhandlung im Wiederkaufnahmeverfahren gefaßt.

Diese Wendung der Dinge ermöglichte die Wiederkaufnahme des Verfahrens der Frau Schramm. Jetzt sollte sich die letzte Strafkammer erneut mit der Angelegenheit beschäftigen.

Mittlere Dresdner Ferienkinder. Von ihrem Erholungs-aufenthalte treffen ein aus Risdrow, die in dem Dresdner Jugendheim untergebracht gewesen sind.

Sammlung für die Erwerbslosen. In unserer Freitagnummer brachten wir eine Notiz, daß die Vogelwiesenerkennung eine Sammlung für die Erwerbslosen Dresdens veranstalten wollen.

Gewaltige Steigerung des Fleischpreises. Der am Montag abgehaltene Viehmarkt brachte infolge des geringen Auftriebes in allen Viehhaltungen ganz enorme Steigerungen.

Viehpreisen automatisch. Die Löhne aber bleiben zurück und die ärmere Bevölkerung muß den Lebensnotwendigen immer angespannt, was natürlich auch wieder den Lebensnotwendigen bringt.

Stillsonderpremiën. Auf Antrag der Stadtverordneten beschloß der Rat, während der Monate Juli bis September stehenden Rättern, für welche die Voraussetzungen der regelmäßigen Stillpremiën vorliegen, eine Sonderpremië in Höhe des zehnfachen je weiligen Kleinhandelspreises für einen Liter Vollmilch zu gewähren.

Sam Tode des Ertrinkens gerettet. Am Sonntag nachmittags geriet der Fabrikarbeiter K. aus Reichenau beim Baden in der freien Elbe in eine starke Strömung und ging unter.

Opfer der Elbe. Beim Baden ertrunken ist am Sonntag mittags in der Elbe der 24jährige Dr. jur. Rudolf Kramer aus Dresden.

Bei einem Ausfluge ertrunken. Ein 28 Jahre alter, in Reichenau wohnhafter Mann unternahm am Montag mit Freunden einen Ausfluge nach der Talperze Dippoldiswalde.

In der Elbe ertrunken. Am Mittwoch nachmittags wurde ein Eibauer bei Gohlis ein etwa 85 bis 40 Jahre alter männlicher Leichnam aus der Elbe geborgen.

Wegen unglücklicher Liebe nahm sich eine in der Luisenstraße wohnhafte Arbeiterin durch Einatmen von Seidensack das Leben.

Schneidmaschine gestohlen. Einer Stirma in der Johannstraße wurde am 10. Juli eine Rem-Gras-Schneidmaschine, Nr. 200 55, gestohlen.

Dresdner Umgebung

Blinder Eifer schadet nur!

Durch die höchsten Sonntagsgeldstrafen und einen gewissen Teil der bürgerlichen Presse ging vor einiger Zeit die Mitteilung, daß sich zwischen Sozialismus und Katholizismus eine immer stärker werdende Annäherung vollziehe.

Sicher mußte der Herr Pastor gar nicht, daß er da eine Woge aufzureiten half. Er handelte wohl in seinem Eifer nur vornehmlich und weil das Christentum nichts als Glaube redet, so glaubte er auch den bürgerlichen Lesern.

Wiedersehlich und Pfadwieg. Milchhöchstepreise. Die gemeinsame Preisprüfungsstelle für Niederschlesien und Pfadwieg hat die Milchhöchstepreise für die beiden Gemeinden ab 8. Juli d. J. wie folgt festgesetzt.

Aus dem Parteileben

Politische V.S.P.D. Betriebsvertrauensleute der Metallindustrie

Morgen, Freitag, den 13. Juli, abends 6 1/2 Uhr, im Bürgerkassas, große Brüdergasse, wichtige Sitzung aller politischen Betriebsvertrauensleute der Metallindustrie.

4. Unterbezirk

Dresden-Reußl. Sonntag den 15. Juli, im Brichnischhof Commercefest. Zahlreiche Beteiligung ist erwünscht.

Gasföhrer-Riefenprüfung ist jeder geparte Reif. Durch Continental-Sohlen und -Absätze sparen Sie viel Geld, denn diese sind weitaus billiger und haltbarer als Leder. Keine Erkältungen durch nasse Füße. Fordern Sie Continental Sohlen u. Absätze. Elegant, praktisch, elastisch. So gut wie Continental-Reifen.

Staats- und Bezirksbank Vogtland
Aktiengesellschaft
Niederlassungen:
Flauen i. V. Auerbach i. V.

Sächsische Staatsbank
Öffentl. rechtl. Bankanstalt unter der Gewähr des Sächsischen Staates
Niederlassungen:
Leipzig: Gr. Immerlicher Steinweg
Dresden: Augustustr. (Ständehaus)
Zwickau: Hauptmarkt

Städte- u. Staatsbank der Oberlausitz
Öffentl. rechtl. Bankanstalt unter der Gewähr der Städte Bautzen, Zittau und der Sächs. Staatsbank
Niederlassungen:
Zittau: Am Markt
Bautzen: Theatergasse



Kohinoor Dekor
MIT NEU GEBÜDELTEN VERSENKTEINEN
ANNÄHM-ÖSEN UND PASZLOCH
WALDES & Ko., DRESDEN-A.
Größte Druckknopf-Fabriken der Welt!

Residenz Kaufhaus
G. m. b. H.
Prager, Ecke Waisenhausstrasse
Das Kaufhaus für Alle

Erste Genossenschafts-Brauerei
e. G. m. b. H., Dresden
Schwerter-Brauerei, A.-G., Meissen
Erstklassige helle und dunkle Biere aus nur feinstem Malz und Hopfen

Messow & Waldschmidt
Wilsdruffer Straße 11-13
Stets vorteilhafte Angebote in sämtlichen Textilwaren

Empfehlenswerte Firmen
VON
DRESDEN

TRIOLIN Fussboden- und Tischbelag
Teerfreie Dachpappe "Coritex"
steht in grossen Posten lagernd
Linoleum-Unterlags-pappe
Korb & Co., Dresden-Altstadt 1, Frauenstrasse 2a

HERMANN HUBERTY
Prager Strasse 6 Dresden Prager Strasse 6
Feinstes Herren-Massengeschäft
Aparthe Herrenmodeartikel

Heinrich Fritzsche
Damenhüte
Trompeterstrasse 14

C. Heinrich Barthel
Vornehme Damenhüte
Dresden, Waisenhausstr. 30



Triumph-Buttermilch-Seife
Ein Schönheits- u. Toilettemittel ohne Gleichen.
Kennwort: Spreewaldmadel
W.H. Geissler, G.m.b.H. Dresden-N. Hartigstrasse

Görlitzer Waaren-Einkaufs-Verein
25 Verkaufsstellen in allen Stadtteilen



Hecker's Sohn
Dresden-N., Körnerstr. 118.
Wilst senbre Arbeit Du und hohen Lohn, Nimm Werkzeug nur von Hecker's Sohn

Tuchhandlung Hermann Pörschel
Scheffelstrasse 19 - Telephon 13725



BIOX ZAHNPASTA

Buchdruckerei Kaden & Comp.
Dresden-A., Wettinerplatz 10 - Tel. 25261
Drucken alle im geschäftlichen und privaten Verkehr erforderlichen Drucksachen
Relation - Stereotype - Buchbinderel

Gebh. Kohl & Co., Freiburger Pl. 22/24
Billigste Bezugsquelle - Grösste Auswahl - Spezial-Abteilung: Damenhüte, Damenputz

Emil Klink Nachf. Haeußler & Sachse, Waisenhausstr. 7
Geschäftsbücherfabrik - Papiergroßhandlg.

Sächs. Papierrollen-Fabrik
Jacob David, Wettinerstrasse 34 Fernspr. 17810
Packpapiere 17845

Wollwarenhans „Saxonia“ Wilsdruffer Str. 46 u. Kesselsdorfer Str. 1
Spezialhandl. ar Strumpfwaren, Handschuhe, Trikotsagen, Wollwaren, Wäsche, Schürzen, Herren-Artikel, Strick- und Häkelgarne

Schilling & Hann Reithahnstr. 19 Dresden Reithahnstr. 19
Wachs- und Ledertuchwaren-Fabrik
Linoleum, Wachstuche, Gummistoffe etc.

Georg Münch Grunaer Straße 31
Butter-, Margarine- und Fettwaren-Großhandlung
E. Arthur Naeke, Friedrichstrasse 60
Schafwolle, Roßhaar, Knochen

Die billigste Einkaufsquelle für
Seifen, Seifepulver Schmierseife usw.
Versandhaus Ally, Dresden
Stiftsstraße 10 - Tel. 17811
Spezialität: Oranienburger Seife

Centrale Sächsischer Mühlen-Vereinigungen G. m. b. H.
Dresden, Bismarckplatz 11
Wirtschaftliche Organisation zum Zwecke einer Vertiefung der Beziehungen zwischen Erzeuger und Verbraucher und tunlichster Verbilligung der Fabrikate. - Die Verkaufsgesellschaft der Mühlenzentralen Sachsen/Schlesien G. m. b. H., Sitz Dresden, liefert Weizen- und Roggenmehle in anerkannt hochwertiger Qualität

Geschäftl. Rundschau
mit dem Zeitungs-Dauerfahrplan
A Ohne Gewähr! (Musterschutz) Ohne Gewähr!

Abfahrt der Züge von Dresden (Hauptbahnhof) nach
Berlin-Elsterwerda: 2.15, 6.15 (D), 5.50, 8.00 (D), 12.45 (w.), 3.18 (D), 6.00, 8.15 (w.), 11.30 (D), 1.45 (w.), 4.30 (D), 6.45 (w.), 9.30 (D), 11.45 (w.)
Berlin-Röderau: 2.10 (D), 3.45, 7.10 (D)
Riesa-Leipzig: 2.50, 5.00, 7.10 (D), 9.45, 10.30 (D), 1.55 (D), 2.31, 4.22, 5.35, 7.04 (D), 8.08 (D), 8.30
Leipzig-Döbeln: 5.12, 7.35, 11.55, 1.41, 3.10 (bis Leipzig)
Görlitz-Breslau: 3.15, 5.20, 7.02 (w. bis Bautzen), 8.51 (D), 9.12, 12.10, 2.45 (b. Kottb.), 4.16 (D), 4.27, 7.54 (D), 8.50, 12.04
Chemnitz-Reichenbach-Hof: 2.40, 6.20, 7.20 - 8.10, 10.47 (D), 11.52, 1.15 (b. Freib.), 3.34, 5.00 (w. Freib.), 6.10 (D), 8.58, 9.34 (D), 9.20 (b. Kitzsch-G.), 10.43 (D), 11.12 (bis Freiberg)
Zittau: 6.03, 9.48, 1.22, 3.30, 6.55, 10.38
Von Koblitz n. Hohnstein: 8.02, 1.12, 6.30, 8.17 (nur f. und Mittw.)

Vorort Meissen: 2.15, 4.34, 4.56 (w.), 5.01, 5.12, 5.36 (w.), 5.47, 5.53, 6.35, 6.57 (w.), 7.25, 7.32 (w. b. Radeb.), 8.42, 9.48, 10.32, 11.39, 11.55, 12.20 (w. b. Cosw.), 12.40 (w.), 12.57 (n. a. l. W. jed. W.), 1.56, 2.15, 2.21, 3.08 (w. und a. l. W. jed. W.), 3.23, 3.45 (b. Cosw.), 4.05, 4.20 (auf am letzt. W. jed. W.), 4.40, 4.50, 5.30 (w.), 5.55, 6.20, 7.23, 7.35, 8.10, 8.35, 9.10, 9.25 (w. bis Coswig), 10.33, 10.54, 12.35

Vorortzüge bis Pirna: 4.03 (ab Oltitz n. w.), 5.23, 5.40 (w.), 6.10, 6.17, 6.32 (w.), 6.44 (w.), 7.00 (w.), 7.10 (D), 7.8, 8.07, 8.50, 9.30 (w.), 10.32, 12.24, 1.11, 1.18, 1.47 (nur am letzt. W. jed. W.), 2.03, 3.12, 3.32, 3.55 (w.), 4.15 (w. bis Niedersieditz), 4.40, 4.55 (w.), 5.45, 6.05, 6.15 (w.), 7.15, 7.44, 7.52, 9.30 (w.), 10.08, 10.30, 11.08, 12.02

Schönbach-Sebnitz-Niedermorschirch: 4.03 (nur bis mit Saphir), 6.10 (bis Neust.), 8.50 (b. Sebnitz), 11.45, 4.40, 7.44 (bis Sebnitz).

Gebr. Arnhold
Bankhaus
Dresden Waisenhausstr. 18/22 F.-A. f. Ortsverkehr: 25 261 F.-A. f. Fernverkehr: 25 851
Berlin W 58 Französische Str. 83o F.-A. f. Ortsverkehr: Zentr. 15590 F.-A. f. Fernverkehr: Zentr. 14121
Drahtschrift: Bankernhold
Drahtschrift für Währungsabteilung: Arnholdvia

Radloff & Böttcher
Prager Str. 30 DRESDEN Prager Str. 30
Leinen- und Wäsche-Ausstattungen

Alsberg Massgebendes Kaufhaus für Damen- u. Herren-Mode-Artikel.
Wilsdrufferstrasse 6-8-10.

Zietze
Kaufe sofort Möbel 2 Grunaer Strasse 2 ganze Einrichtungen - Einzelmöbel
Zahle später Herren-Damen-Konfektion am Pirnaischen Platz

Dresdner Großhandel u. Industrie



Rundstrickmaschine zur Herstellung nahtloser Strümpfe
Die nützlichste Maschine für jede Familie, sie bietet angenehme und lohnendste Hausarbeit
Lieferung schnell - Jahrelange Garantie
Strickmaschinenfabrik „Excelsior“
Dresden-N. 22, Torgauer Straße 6
Spezialität: Rund-, Flach- u. Spulmaschinen

Ständig großes Lager in neuzeitlichen
Werkzeugmaschinen und Werkzeugen
Lagerbesichtigung erboten
Paul B. Hübner
Bureau und Ausstellung: Carolastr. 6, am Hauptbhf.
Zweiglager: Hofmühlenstraße 11-15

Gebrüder Apt
Metall- u. Schrott-Großhandlung
Magdeburger Str. 8 Fernruf 12270, 17790



Steckenpferd-Seeife
die beste Milchrührseeife für zarte weiche Haut
Aus jeder Kohlennot
bitt
Kohlen-König
Telephon 14 672
Dresden-A. Ostra-Allee 27 Dresden-A. Haydnstr. 234

König-Friedrich-August-Mühlenwerke A.-G.
Dölzchen-Dresden

Walter & Barth
Holz- und Kohlenhandlung
Spez.: Riebeck-GrasKoks
Industriehof - Telephon 19 508

Alfred Meier & Co., Papiergroßhandlung
Dresden-A., Bürgerwiese 23
Papier und Pappen aller Art zu billigsten Tagespreisen. - Verlangen Sie bemusterte Spezialofferten

Graphische Werke G. m. b. H.
DRESDEN, Lindensstraße 11
Sondererzeugnisse: Faltschachteln, Feinkartonnagen



LEDERFABRIK LOUIS BIERLING
KERNSTÜCKE FÜR 19, 19, DAUERSOHLEN
Werbt Leser für die Dresdner Volkszeitung

Die W...
trif ab...
Deutsch...
die fran...
in Lon...
mit der...
Begen...
Dah die...
aber über...
möglich...
men jet...
und der...
Wille zu...
Die e...
Lond...
dor: d...
des-fran...